

Wie funktionieren Schweizer Stadtbildkommissionen?

Über Parzellengrenzen hinausdenken

Thomas Vesper, Journalist,
St. Gallen

Stadtbildkommissionen verärgern bisweilen Architekten und Bauherren, weil sie nicht jeden Bauantrag ohne weiteres absegnen. Das verstellt den Blick auf den wichtigen Beitrag, den diese beratenden Gremien für die weitere Stadtentwicklung leisten. Sie verdeutlichen, wie wichtig es ist, ökonomische Interessen mit kulturellen Kriterien in Einklang zu bringen.

Mit dem ehrgeizigen Projekt «Hauptbahnhof Südwest Eurogate» strebte auch Zürich Anfang der 1990er-Jahre einen Platz in der Liga der internationalen Megacities an. Ein grosser Teil der Gleisanlagen im Einfahrbereich war dem Entwurf zufolge für eine Überbauung vorgesehen. Auf der geplanten Betonplattform sollten Geschäfts-, Büro- und Wohneinrichtungen himmelwärts wachsen. Damit wären die Gleise aus dem historischen Erscheinungsbild der Stadt an der Limmat verschwunden.

Zürich: Umdenken nach Eurogate

Allerdings hatten die Bauträger ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht: Das Zürcher Baukollegium wandte sich von Anfang an entschieden gegen das Mammutprojekt, das die Mitglieder dieser Kommission als unangemessenen Ein-

griff in das vertraute, historisch gewachsene Weichbild der Stadt bewerteten. Aus externen Fachleuten und Angehörigen der Verwaltung zusammengesetzt, berät das Baukollegium, dessen Vorläufer auf das 19. Jahrhundert zurückgeht, Stadtrat und Baubewilligungsbehörden in grundsätzlichen Fragen des Städtebaus und der Architektur. Vom Stadtrat gegenwärtig auf vier Jahre gewählt und turnusmässig durch neue Angehörige ersetzt, kommt dem Baukollegium eine beratende Funktion zu. Es tagt nach einem vorab festgelegten Sitzungsplan. Die Ergebnisse werden den betroffenen Parteien bei den Treffen mündlich und sodann schriftlich mitgeteilt. Während der Stadtrat damals mehrheitlich für Eurogate votierte, hielt das Baukollegium an seiner Absage fest. Beim daraufhin abgehaltenen Referendum nahmen die Wahlberechtigten den Eurogate-Entwurf knapp an. Zwar lag die Baubewilligung vor, sie war jedoch nicht rechtskräftig, da gegen sie rekuriert wurde. Während dieser Zeit formulierte das Kollegium immer wieder Bedenken gegen das Projekt.

«Diese Hinhaltetaktik hat sich letztlich ausgezahlt», bekräftigt der Zürcher Willi Egli (63), der neben seiner Tätigkeit als Architekt und städtischer Bauberater in der Schweiz auch in deutschen und österreichischen Stadtbildkommissionen mitwirkt. Da das Baukollegium in der Öffentlichkeit immer wieder beharrlich das Thema wachgehalten und den Blick der Bevölkerung dadurch geschärft habe, «fand schliesslich ein Umdenken statt», vermerkt Egli. Aber auch die Bauträger bekamen allmählich kalte Füsse angesichts der astronomisch hohen Baukosten, die vor allem durch den vorgeschriebenen Aufprallschutz im Falle von Zugunglücken verursacht worden wären. Als sich einige der Hauptinvestoren zurückzogen, verabschiedete man sich vom ursprünglichen Entwurf und peilte für die neuen Gebäude Standorte neben den Gleisen an.

Auswärtige Experten in Bern

Dass sich in Schweizer Gemeinden und Städten Kommissionen mit Fragen der Stadtbildgestaltung beschäftigen, ist heute gang und gäbe. Zusammensetzung, Arbeitsweise und Zustän-

Während der Zürcher Stadtrat seinerzeit mehrheitlich für Eurogate votierte, hielt das Baukollegium an seiner Kritik fest, wonach das Projekt unangemessen in das historisch gewachsene Stadtbild eingreife (Archivbild)

Alors que la majorité de l'Exécutif de la ville de Zurich soutenait le projet Eurogate, le Baukollegium (instance consultative) est resté ferme sur son appréciation critique du projet qui aurait altéré à jamais l'image de la cité (photo archives)



digkeiten weichen zwar von Ort zu Ort ebenso ab wie die jeweilige Bezeichnung, «dass ihnen bei der weiteren Gestaltung des Stadtbildes eine tragende Rolle zukommt, kann jedoch ernsthaft nicht mehr in Frage gestellt werden», bekräftigt Willi Egli. Das hat man in der Bundestadt Bern vor einigen Jahren freilich noch ganz anders gesehen: Die damalige «Kommission zur Begutachtung ästhetischer Fragen» hat sich Eglis Worten zufolge im Laufe der Jahre mit der Politik überworfen und wurde aufgelöst. Ihre Nachfolgerin, die 2004/2005 ins Leben gerufene Stadtbildkommission hingegen beschreibe «mutig neue Wege in der Zusammenarbeit mit Verwaltung und Bauträgern». Mit Vorbedacht wurde Eglis Darstellung gemäss beschlossen, die fünfköpfige Kommission ausschliesslich mit auswärtigen Fachleuten zu besetzen, um Interessenkollisionen zu vermeiden.

In der Stadtbildkommission beschäftigen sich Bauinspektorat, Stadtplanung, Denkmalpflege und Landschaftsarchitektur nach Darstellung von Bernhard Furrer, bis 2006 städtischer Denkmalpfleger von Bern, «gemeinsam mit den stimmberechtigten Mitgliedern und umfassend mit allen Fragen, die Planungen, Bauprojekte und landschaftliche Massnahmen betreffen». Auch ein Vertreter des Tiefbausektors, der in den meisten Schweizer Stadtbildkommissionen nicht vertreten ist, obwohl ihm bei der Gestaltung eigentlich eine wichtige Rolle zukommt, ist in der Berner Kommission bei den entsprechenden Fragestellungen tätig. Getagt wird alle sechs Wochen, dazwischen finden Ausschusssitzungen zur Triage statt. «Wenn immer möglich, vereinbart die Kommission Ortstermine, um die Situation in Augenschein zu nehmen. Meistens wird die Antwort unmittelbar nach der Beratung mündlich erteilt, das Protokoll folgt später», umschreibt Furrer die Arbeitsweise. Die neue Kommission suche aktiv und «de vive voix» das Gespräch mit Architekten und Bauherren; das sei eine Abkehr von einem obrigkeitsstaatlich geprägten Ansatz.

Einsichtige Basler Wirtschaft

Auch die Stadt Basel hat ihre Stadtbildkommission 2005 reorganisiert, die Zahl ihrer Angehörigen sank von 15 auf sieben unabhängige Fachleute der Bereiche Hochbau, Architektur, Landschaft und Kunstgeschichte, den Vorsitz hat das Baudepartement inne. Einfache Vorgänge klärt Geschäftsführer und Architekt Hanspeter Müller persönlich ab, normale Anträge werden von vier Kommissionsmitgliedern einmal wöchentlich behandelt, und einmal im Monat widmet man sich den komplexen Sachverhalten. «Wir suchen von uns aus das



Gespräch nicht, aber vorab kann man uns Anfragen zukommen lassen», informiert Müller.

Kommissionsbeschlüsse seien für das Bauinspektorat als Bewilligungsbehörde verbindlich. Während die Basler Kommission für sämtliche Baugesuche in den neueren Quartieren der Stadt am Rheinknie zuständig sei, sind Vorhaben in der der historischen Schutzzone alleinige Angelegenheit der Denkmalpflege, «wobei die Kommission in die Gespräche mit einbezogen werden kann», fügt er hinzu. In Basler Wirtschaftskreisen werde die Kommission bisweilen als Erschwernis betrachtet, da sie Auflagen mache und nicht alles akzeptiere, berichtet Marc Keller, Sprecher des Baudepartements. «Dennoch wird auch dort anerkannt, dass Basel eine solche Einrichtung benötigt», fügt er hinzu.

Luzern fördert gezielt Wettbewerbe

Und auch in Luzern setzt man auf die Zahl sieben; so viele Angehörige – es handelt sich um Architekten, den kantonalen Denkmalpfleger und einen Baukaufmann – zählt die beratende tätige Stadtbaukommission, die zu 10 Prozent der gesamten Luzerner Bauanträge Stellung bezieht. Werden Entwürfe von einer Jury in einem qualifizierten Wettbewerbsverfahren ausgewählt, «kommen sie nicht vor die Kommission, denn wir wollen nicht nachjurieren, sondern das Wettbewerbswesen gezielt fördern», bekräftigt Stadtarchitekt Jean-Pierre Deville. Er hält die Akzeptanz seiner Kommission, die einmal pro Monat zusammentritt, für «recht gross», mehr als drei Bereinigungsgespräche pro Jahr seien nicht nötig. Deville sieht ihren Vorteil vor allem darin begründet, dass

Die Berner Stadtbildkommission ist aus auswärtigen Fachleuten zusammengesetzt und arbeitet eng zusammen mit Amtsstellen, Architekten und Bauherren (Bild Th. Veser)
En ville de Berne, la commission d'urbanisme, composée d'experts externes, travaille en étroite collaboration avec les services administratifs, les architectes et les maîtres d'ouvrage (photo Th. Veser)

«Bauherren bei den Planungen auf Qualität setzen, weil ihnen bewusst ist, dass sie mit durchschnittlichen oder gar schlechten Projekten einen Schiffbruch riskieren», fügt er hinzu.

In Genf politisch geprägt

Rund 20 Angehörige besitzt die für den Kultur- und Naturgüterschutz zuständige Commission des monuments, de la nature et des sites, die im Kanton Genf, dessen erstes Gesetz zum Schutz des Architekturerbis 1920 erlassen wurde, monatliche Vollversammlungen abhält. Auf die einzelnen Gebiete spezialisierte Untergruppen treffen sich einmal in der Woche. Neben Angehörigen des Genfer Grossen Rates

beteiligen sich Delegierte der Fédération des associations d'architectes et d'ingénieurs de Genève (FAI), von WWF, Pro Natura und der Action patrimoine vivant, die Stadt Genf, die kantonalen Gemeinden, Landwirtschaftskammer und eine Architekturhistorikerin an den Sitzungen. Sie haben nach Angaben des kantonalen Denkmalpflegers Bernard Zumthor, der dieser stark politisch geprägten Kommission ebenfalls angehört, beratende Funktionen. Über die vorgelegten Bauanträge entscheidet in letzter Instanz alleine die Exekutive.

Gegengewicht zu ökonomischem Denken

Unabhängig von ihrem jeweiligen Aufbau betrachtet Willi Egli die Kommissionen als «einzige Institutionen, die es den verschiedenen Akteuren ermöglichten, über die Parzellengrenzen hinwegzudenken und miteinander in einen interdisziplinären Dialog zu treten». Funktionierende Gremien «regen zu verstärktem Nachdenken an. Sie schärfen das Bewusstsein dafür, dass beim komplexen Vorgang des Bauens ökonomische Interessen, die heute immer stärker in den Vordergrund gestellt werden, mit kulturellen Kriterien in Einklang gebracht werden müssen.» Für die Zukunft wünscht Egli, dass Stadtbildkommissionen als Sprachrohre des städtebaulichen Gewissens hierzulande stärker als bisher auf die Politik zugehen. Diese Forderung richtet er freilich auch an die Politik, denn «nur so kann das gegenseitige Vertrauen verbessert werden».



In der deutschen Stadt Regensburg wandte sich der Gestaltungsbeirat gegen ein postmodernes Neubauvorhaben und hiess schliesslich ein Projekt gut, das sich besser in die Altstadt integrierte (Archivbild)

Dans la ville allemande de Ratisbonne, le conseil consultatif en matière d'architecture s'est opposé à un projet de construction postmoderne et a ensuite accepté un projet mieux intégré au site de la vieille ville (photo archives)

KOMMISSIONEN IM AUSLAND: QUALITÄT ÜBER QUANTITÄT

In keiner Stadt sind Kultur, Architektur und Musik enger und harmonischer miteinander verzahnt als in Salzburg, das seiner barocken Meisterleistungen wegen einst zum «deutschen Rom» verklärt wurde. Als vor über drei Jahrzehnten immer mehr moderne und ästhetisch zweifelhafte Gebäude das traditionell geschlossene Erscheinungsbild der Mozartstadt zu beeinträchtigen begannen, formierte sich erstmals breiter Widerstand. Ein ebenfalls umstrittenes Neubauprojekt für die Salzburger Universität bildete vor 25 Jahren schliesslich den Auslöser für eine radiakel Kehrtwende, die im «Salzburger Modell» gipfelte. Ein aus Experten zusammengesetzter Gestaltungsbeirat hat seither bei Bauprojekten im Zentrum der Unesco-Welterbestadt ein gewichtiges Wort mitzureden und kann damit bewirken, dass Qualität nicht mehr weiter der Quantität untergeordnet wird. Auch Linz hatte sich damals einen solchen Beirat zugelegt. Seine Bewährungsprobe bestand er vor 20 Jahren, als Siemens ein architektonisch umstrittenes Projekt für die neue Niederlassung durchsetzen wollte. Trotz des deutlichen Winks mit dem Zaunpfahl, man werde sonst eben nach Leonding aus-

weichen und die versprochenen 350 Arbeitsplätze dort schaffen, blieb der Oberbürgermeister beharrlich und rechtfertigte die qualifizierte Beurteilung des Beirats. Siemens lenkte ein und akzeptierte eine angemessenere Lösung in Linz.

Auch in der deutschen Unesco-Welterbestadt Lübeck gelang es dem Gestaltungsbeirat, ein Mammutprojekt zu torpedieren. Dort war beim weltberühmten Holstentor der Bau eines Supermarktes angedacht. Spontan solidarisierte sich Brigitta Ringbeck, Beauftragte der deutschen Kultusministerkonferenz für das Welterbe, mit dem Beirat, worauf die Idee schnell aufgegeben wurde. Und in Regensburg, ebenfalls Unesco-Welterbestadt, wandte sich der Beirat erfolgreich gegen ein postmodernes, sich der Altstadt anbietendes Neubauvorhaben. Schliesslich verständigte man sich auf einen Entwurf, der in einem qualifizierten Wettbewerb prämiert worden war. Das mit ortstypischen Schrägdächern errichtete Gebäude passt sich harmonisch in den altstädtischen Baukörper ein. Nur seine Detaillierung, etwa bei den Fenstern, verrät es als Neubau.